



ZEITENWENDE – Der Beginn einer neuen Ära in der deutschen Außenpolitik

ZUSAMMENFASSUNG | 15.09.2022

Online-Talk der FES-Brandenburg

*Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist eine Zäsur für die Europäische Friedens- und Sicherheitsordnung. Nach mehr als 75 Jahren herrscht wieder Krieg in Europa. Tod, Flucht und Vertreibung gehören seitdem zur politischen Realität der Ukrainer*innen. Die von Bundeskanzler Olaf Scholz unmittelbar nach der Invasion verkündete Zeitenwende hat insbesondere bei Parteien des linken Spektrums politische Grundfesten ins Wanken gebracht. Deutschland befindet sich inmitten einer hitzigen Debatte über die weitere Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik.*

Stellt Russland eine Bedrohung für die Sicherheit in Europa dar? Soll Deutschland auch militärisch in den Konflikt eingreifen? Soll die Außenpolitik Deutschlands die eigenen Interessen uneingeschränkt verfolgen? Oder soll sie ihre Werte durchsetzen, selbst wenn dies Nachteile mit sich bringt? Und wie spiegelt sich die Zeitenwende im Stimmungsbild der deutschen

Bevölkerung, insbesondere auch mit Blick auf Unterschiede zwischen Ost und West, wider?

*Diese und andere Fragen diskutierten **Catrina Schläger**, Leiterin des Referats Analyse und Planung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Berlin, **Christos Katsioulis**, Leiter des Regionalbüros für Zusammenarbeit und Frieden der FES in Wien, sowie **David Kolesnyk**, Generalsekretär der SPD-Brandenburg im Rahmen eines digitalen Politik-Talks des Landesbüros Brandenburg der Friedrich-Ebert-Stiftung am 15.9.2022. Moderiert wurde die Veranstaltung von der Journalistin **Jenni Roth**. Das vorliegende Paper fasst zunächst die Vorstellung der Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage der FES zusammen, bevor im Anschluss die Kommentare in ihren Argumentationsgängen rekonstruiert werden. Abschließend wird die Diskussion mit dem Fokus auf die wesentlichen Argumente kurz zusammenfassend abgebildet.*

DIE VORSTELLUNG DER UMFRAGEERGEBNISSE: DIE ZEITENWENDE IN DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG

Zum Auftakt der Veranstaltung präsentierte **Catrina Schläger** die Ergebnisse der Umfrage zur Zeitenwende in der öffentlichen Meinung. Die Umfrage ist Teil eines größeren Projektes, das im Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden der Friedrich-Ebert-Stiftung in Wien angesiedelt ist. Während die erste Erhebung im Herbst letzten Jahres stattfand, folgte die zweite Erhebung im Juni und damit nach Kriegsausbruch in der Ukraine. Eine weitere Erhebung ist für den Herbst dieses Jahres geplant. In diesem Kontext muss die Umfrage auch als Momentaufnahme betrachtet werden. Schläger wies zu Beginn ihrer Präsentation daher daraufhin, dass der öffentliche Diskurs zum Zeitpunkt der Umfrage besonders durch intensive Debatten rund um das Öl-Embargo gegen Russland sowie das erste Entlastungspaket der Bundesregierung geprägt war. Es sei daher nicht auszuschließen, dass sich die Ergebnisse der Studie durch neue politische Rahmenbedingungen im Zuge der nächsten Befragung verschieben werden.

Für den Moment lassen sich besonders die folgenden Hauptergebnisse im Hinblick auf die Widerspiegelung der sogenannten Zeitenwende im Stimmungsbild der deutschen Bevölkerung konstatieren: Grundsätzlich sei eine starke Veränderung in der Risikowahrnehmung zu erkennen, während eine Kontinuität im Einsatz außenpolitischer Instrumente festgestellt werden kann. Und ein heterogenes Bild lässt sich mit Blick auf die sichtbaren widersprüchlichen Positionen zu Interessen und Werten sowie auf die teils erheblichen Unterschiede einerseits zwischen der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland und andererseits zwischen den jeweiligen Parteianhänger*innen zeichnen. Die Ergebnisse erläuterte Schläger aspektorientiert an einzelnen Themen und Items. Ganz allgemein habe die Umfrage verdeutlicht, dass allein die Bedeutung des Begriffs der Zeitenwende in der Bevölkerung sehr unterschiedlich aufgefasst werde. Während 56 Prozent der Befragten unter der Zeitenwende die Erhöhung des Verteidigungshaushaltes subsumieren, fällt nur für 32 Prozent die Lieferung von Waffen in Krisengebiete darunter. Dies zeige, so Schläger, dass der Begriff der Zeitenwende gefüllt werden müsse, sofern dieser als Narrativ für eine Neujustierung der Außenpolitik stehen solle.

Für die Erläuterung der präsentierten Hauptergebnisse interessant sei im Anschluss an den unklaren Bedeutungsgehalt des Begriffs „Zeitenwende“ das Stimmungsbild zur Erhöhung der Militärausgaben. Während einer Erhöhung in der vorausgegangenen Befragung im Jahr 2021 noch 38 Prozent der Befragten zustimmten, befürwortete im Juni mit 64 Prozent ein deutlich größere

Anteil der Befragten diese Maßnahme. Auffällig sind auch die Unterschiede zwischen der Bevölkerung in Ostdeutschland, wo die Zustimmung nur bei 43 Prozent lag, und Westdeutschland wo dieser Wert mit 70 Prozent ungleich größer ausfiel.

Dieser Unterschied zwischen Ost und West wird auch bei der Frage deutlich, ob Russland als Bedrohung wahrgenommen werde: In Ostdeutschland sehen dies nur 56 Prozent, in Westdeutschland 83 Prozent so. In der gesamtdeutschen Bevölkerung nehmen damit 75 Prozent (2021: 51 Prozent) der Befragten Russland als Bedrohung wahr. Die Einstellung zum Einsatz verschiedener außenpolitischer Maßnahmen hat sich zwischen 2021 und 2022 in der öffentlichen Meinung dagegen weniger verschoben. Als effektive außenpolitische Maßnahmen gelten weiterhin besonders diplomatische Verhandlungen (aktuell: 87 Prozent, 2021: 67 Prozent) und wirtschaftliche Sanktionen (aktuell: 55 Prozent, 2021: 53 Prozent), während militärische Eingriffe (aktuell: 22 Prozent, 2021: 29 Prozent) eher kritisch betrachtet werden.

Nochmal explizit nach dem militärischen Eingreifen in Konflikte gefragt, lehnen dies zwei Drittel der Befragten ab, während 30 Prozent einer militärischen Beteiligung Deutschlands zustimmen, wenn diese notwendig wäre. Überraschend sei, so Catrina Schläger, dass mehr als die Hälfte der Grünen-Wähler*innen militärische Eingriffe befürworten. Bei CDU und FDP-Anhänger*innen verringert sich dies jeweils auf etwa ein Drittel, bei SPD-Anhänger*innen schrumpft dies nochmals auf ein Viertel. Die Ablehnung im Osten (75 Prozent) Deutschlands ist etwas höher als im Westen (63 Prozent).

Schläger betont: „Die mehrheitliche Ablehnung militärischer Eingriffe und die eindeutige Befürwortung von Diplomatie bedeuten aber keine grundsätzliche pazifistische Haltung.“ So sprechen sich knapp zwei Drittel der Befragten für eine Erhöhung der deutschen Militärausgaben aus und ebenfalls knapp zwei Drittel unterstützen den Aufbau einer schlagkräftigen EU-Armee, um gegen andere Supermächte bestehen zu können. Der Vorrang von Diplomatie als Mittel der Konfliktbeilegung soll aus einer neuen Position der militärischen Stärke erfolgen, auch wenn diese im Verständnis der Befragten nicht zu einem interventionistischen Kurs führen soll.

Auch die Frage, ob Deutschland in der Außenpolitik die eigenen Interessen uneingeschränkt vertreten sollte, zeigt ein heterogenes Meinungsbild der Befragten vor dem Hintergrund ihrer Wahlpräferenzen. FDP-Anhänger*innen befürworten zu 87 Prozent eine interessen-

geleitete Außenpolitik, während dies bei den Anhänger*innen der Grünen nur knapp über die Hälfte tun (53 Prozent). Bei SPD-, CDU- und Linkspartei-Anhänger*innen liegen die Zustimmungswerte bei 77 bis 79 Prozent. Parteiübergreifend wird somit ein außenpolitischer Kurs, der auch nationale Interessen vertritt, mit großer Mehrheit unterstützt.

Ebenso ist die Frage umstritten, ob Werte außenpolitisch durchgesetzt werden sollen, auch wenn dies Nachteile mit sich bringt. Hier zeigt sich erneut ein deutlicher Unterschied zwischen der Zustimmung in Ost- (40 Prozent) und Westdeutschland (60 Prozent). Insgesamt ist etwas mehr als die Hälfte der Befragten (56 Prozent) dafür, Werte auch dann durchzusetzen, wenn sie eigene Nachteile bedeuten, während 40 Prozent dies ablehnen. Die Anhänger*innenschaft der Grünen sticht auch hier heraus: 84 Prozent befürworten einen außenpolitischen Kurs, der Werte in den Mittelpunkt stellt – trotz möglicher negativer Konsequenzen. Die Wähler*innen von SPD, FDP und Union sind in dieser Frage etwas zurückhaltender. Insgesamt finden sich aber bei Anhänger*in-

nen aller drei Parteien klare Mehrheiten für die Durchsetzung der eigenen Werte trotz damit einhergehender Nachteile. Anders verhält sich dies bei den Anhänger*innen der Linkspartei, von denen dies nur 35 Prozent der Befragten befürworten.

Ein relativ großer Anteil der Befragten (68 Prozent insgesamt, Ost: 51 Prozent; West 73 Prozent) ist bereit, die Kosten für eine wirtschaftliche Abkopplung von Russland zu tragen, selbst wenn sich dadurch der Lebensstandard verringert. Am deutlichsten fällt die Zustimmung unter den Grünen-Wähler*innen aus (98 Prozent), bei den Wähler*innen von SPD, CDU und FDP sind es jeweils ca. drei Viertel, während der Wert bei den Anhänger*innen der Linken lediglich 41 Prozent beträgt. Für Catrina Schläger bestätigt sich damit: „Die grüne Wähler*innenschaft unterstützt sehr viel stärker eine wertengeleitete Außenpolitik trotz damit einhergehender Nachteile. Dies hängt sehr wahrscheinlich aber auch damit zusammen, dass sie diese besser als andere Wähler*innengruppen kompensieren können.“

EINORDNUNG UND DISKUSSION DER ERGEBNISSE

Der Präsentation dieser Ergebnisse folgten die Kommentare von **Christos Katsioulis** und **David Kolesnyk**. Diesen stellte die Moderatorin **Jenni Roth** den Gedanken zur Diskussion, dass man bei den umfangreichen Änderungen im außenpolitischen Stimmungsbild eventuell gar von einem Zeitenbruch statt nur von einer Zeitenwende sprechen könne. Zusätzlich sollte auch auf die zahlreichen und zum Teil tiefgreifenden Unterschiede zwischen Ost und West sowie zwischen den einzelnen Anhänger*innen der Parteien analytisch eingegangen werden.

Als erstes kommentierte **Katsioulis**, der im Juli gemeinsam mit Alexandra Dienes die Studie [„Zeitenwende: Russlands Krieg als Wendepunkt in der öffentlichen Meinung Deutschland“](#) publiziert hat und in dessen Kontext auch die vorgestellten Ergebnisse von Catrina Schläger einzuordnen sind. Die aktuelle Studie, erläuterte Katsioulis zunächst, rühre ideell daher, dass trotz der zahlreichen Veränderungen noch immer keine Übereinstimmung darin besteht, was „Zeitenwende“ eigentlich bedeutet und welche Auswirkungen dieses Konzept auf die politische Entscheidungsfindung in Berlin haben soll. Um den Wandel der öffentlichen Meinung zu analysieren, habe man sich auf zwei repräsentative Meinungsumfragen, die die FES durchgeführt hat, gestützt: Den [„Security Radar 2022“](#), eine Umfrage in 14 Ländern, die vor dem Krieg

im Oktober 2021 durchgeführt wurde, und den „Security Radar Germany“, eine Umfrage, die 16 Fragen aus der ursprünglichen Security- Radar-Umfrage enthält und im Juni 2022 in Deutschland durchgeführt wurde.

Im Hinblick auf die von Catrina Schläger präsentierten aktuellen Ergebnisse erläuterte Christos Katsioulis, dass es aus seiner Sicht hier keine große Überraschung aus einer übergeordneten Perspektive gäbe, sondern dass man sich derzeit als Gesellschaft und Politik in einem Wandel und in einem „Schlüsselmoment deutscher Außenpolitik“ befände, in der nur Momentaufnahmen gemacht werden könnten. Daher plädiere er dafür, nicht von einem Bruch zu sprechen – insbesondere, weil Kontinuitäten auch durchaus noch erkennbar seien. Spannend hingegen sei, dass in Deutschland einerseits die Unterschiede zwischen Ost und West so stark ausfallen und diese sich andererseits im Vergleich zur europäischen Perspektive genau entgegengesetzt zeigen. Nimmt man in vielen mittelosteuropäischen Staaten eine größere Russlandskepsis und eine größere Angst vor Russland wahr, so verhalten sich die Daten und Zahlen für Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland genau spiegelverkehrt dazu. Darüber hinaus sei nach Katsioulis noch ein weiterer Aspekt neu, der aus den von Schläger präsentierten Ergebnissen hervorgeht: „Wir erleben gerade

den Wandel von der grünen Friedenspartei hin zu einer quasi olivgrünen Militärpartei“. Und dabei wandelten sich nicht nur die Grünen als Partei, sondern anhand der Umfrage könne man sehen, dass sich auch die Anhänger*innen in außenpolitischen Fragen vollkommen wandeln, was ein Novum darstellt. Im größeren Kontext müsse beim Wandel des Stimmungsbildes und dem damit einhergehenden Wandel der deutschen Außenpolitik immer die Wichtigkeit eines Europäischen commitments bedacht werden. Andernfalls könne ein militärisch erstarktes Deutschland für neue Unsicherheit und Unmut in der europäischen Union sorgen.

David Kolesnyk vertiefte in seinem Beitrag die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. So führte er aus, dass schon vor dem Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs von Russland auf die Ukraine Unterschiede bei der Einstellung gegenüber Russland zwischen Ost- und Westdeutschland vorhanden waren. Besonders das Lebensgefühl und die diesem vorausgegangenen Lebenswege führten laut Auffassung des Generalsekre-

tärs der Brandenburger SPD dazu, dass sich die Wahrnehmungen Russlands je nach Sozialisationsprozess so stark voneinander unterscheiden. Von besonderer Bedeutung für die Sichtweise der Menschen auf Russland seien auch die Erfahrungen der Prozesse im Kontext der Wiedervereinigung gewesen. Dass nach der Wende viele politische und wirtschaftliche Führungspositionen mit Menschen aus dem Wesen besetzt worden seien, habe auch Einfluss darauf, wem man vertraue und wie man auf Außen- und Weltpolitik blickt. Auf der anderen Seite sei aber besonders auch die finanzielle Lage der Menschen entscheidend dafür, ob Bürger*innen bereit dazu sind, Nachteile für eine wertegeleitete Außenpolitik in Kauf zu nehmen, wie es das Öl-Embargo für Brandenburg mit Blick auf die Raffinerie in Schwedt bedeutet. Die soziale Situation der Menschen dürfe man also auch in außenpolitischen Fragen nicht unberücksichtigt lassen. Bei Sanktionen, die keine negativen Auswirkungen auf die finanzielle Situation der Bürger*innen haben, sei dagegen oftmals eine Zustimmung vorhanden.

KOMMENTARE UND DISKUSSIONEN IM CHAT

In der anschließenden Debatte mit den Teilnehmenden kamen insbesondere zwei Aspekte zum Tragen: Einerseits wurden die Gründe für den Wandel der Grünen als Partei und ihrer Wähler*innen beleuchtet und andererseits wurde über politische Maßnahmen diskutiert, die verhindern könnten, dass die steigenden Energie- und Lebensunterhaltskosten zu einer Abwanderung der Bürger*innen an den Rand des politischen Spektrums führen.

Catrina Schläger machte mit Blick auf die Anhänger*innen der Grünen deutlich, dass diese in der Regel wohlhabender seien als die Anhänger*innen der meisten anderen Parteien und in der Folge bei steigenden Energiekosten im Zuge von Sanktionen und außenpolitischer Maßnahmen weniger Einschränkungen erleben. Dass sich die Grünen und ihre Wähler*innen so stark verändert haben, sei aber auch als historischer Prozess zu begreifen. Durch die Krise könne man allerdings nur kommen, wenn diese in ihren ganzen Ausmaßen verstanden würde. David Kolesnyk ergänzte, dass sich gerade in Brandenburg zeige, dass Menschen eine Lösung der Probleme einfordern und es nicht ausreiche, nur Geschichten zu erzählen. Der notwendige Strukturwandel in

Brandenburg sei hierfür ein wichtiges Beispiel. Christos Katsioulis ergänzte dazu: „Es wird ganz zentral sein, dass in der nächsten Zeit Gerechtigkeit wahrgenommen wird. Diese müsse aber nicht nur vertikal zwischen den Einkommensschichten, sondern auch regional wahrnehmbar und entsprechend konzipiert werden.“ Schläger verdeutlichte dies auch noch einmal in Anlehnung an den Wirtschaftshistoriker Adam Tooze, der betont, dass es nicht mehr ausschließlich auf klassische Umverteilung ankäme, sondern darauf, dass Wohlstandsverluste gerecht verteilt werden. Dies, so waren sich alle Diskutant*innen einig, würde auch Populist*innen am Rande des politischen Spektrums den Nährboden entziehen. Die entscheidende Frage, die sich die Politik aktuell stellen müsse, so laute daher: Wie kommen wir gemeinsam und respektvoll durch die Krise, während die einen frieren und die anderen es warm haben? Ein gesamtgesellschaftliches Handeln müsse das Reden in kleinen parteipolitischen Runden ersetzen. Außenpolitik müsse sich wandeln, die gesamtgesellschaftliche Dimension aber immer mitdenken. Nur so könne eine respektvolle Zeitenwende gelingen und nur so könne eine neue Ära in der deutschen Außenpolitik einen erfolgreichen Verlauf nehmen.

ZUM WEITERLESEN

Zeitenwende: Russlands Krieg als Wendepunkt in der öffentlichen Meinung Deutschlands / Alexandra Dienes, Christos Katsioulis. - Wien : FES Regional Office for International Cooperation, Juli 2022, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/19435.pdf>

Security Radar 2022: Country spotlights . - Vienna : FES Regional Office for Cooperation and Peace in Europe, 2022, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/18981.pdf>

In der Moralfalle / Catrina Schläger

<https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/gruene-moralfalken-6059/>

Themenportal der Friedrich-Ebert-Stiftung

<https://www.fes.de/themenportal-die-welt-gerecht-gestalten/frieden-und-sicherheit>

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN:

Friedrich-Ebert-Stiftung • Landesbüro Brandenburg

Hermann-Elflein-Str. 30/31 • 14467 Potsdam

AUTOR:

Hendrik Küpper

REDAKTION:

Anne Seyfferth

Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Brandenburg

GESTALTUNG & SATZ:

Julia Heilck

COPYRIGHT 2021 Friedrich-Ebert-Stiftung


Potsdam@fes.de

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfw Zwecke verwendet werden.

**Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.,
Landesbüro Brandenburg**

Hermann-Elflein-Str. 30/31 | 14467 Potsdam
Tel. (0331) 29 25 55

Web. www.fes.de/landesbuero-brandenburg

 /FES.Brandenburg